

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 275

Hauspostleitet: Dr. Evert, Leipzig

Mittwoch, den 16. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Ein Kabinett Fehrenbach?

Der Widerhall der demokratischen Erklärung

Berlin, 16. Juni. (Drachbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Erklärung der Demokraten hat in politischen Kreisen wie eine Ueberraschung gewirkt, und es ist offensichtlich, daß jene Parteien, die der schwierigen Lage so rasselnd und tallos gegenüberstanden, von dem entschlossenen und sachlichen Ton der Erklärung unangenehm berührt sind. Umsonst suchen sie ihren Verger zu verbergen. Die Scheidung der Geister beginnt sich bereits in den Morgenblättern anzukündigen. Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ entschleierte ihr wahres Gesicht, indem sie schreibt: „Mit dieser Erklärung haben die Demokraten die Sache des Völkertums von neuem verraten (natürlich), und eine nationalsozialistische Regierung sabotiert.“ Sie hätten auch den demokratischen Gedanken preisgegeben, indem sie den monarchischen Gedanken vergewaltigen wollten, nachdem jedoch erst das deutsche Volk die Stimmen der monarchistischen Parteien nahezu verdoppelt hat.“ Die „D. T.“ sei daran erinnert, daß die deutschnationalen, die immer so tun, als ob sie die deutsche Nation vertreten, kaum ein Siebentel aller Stimmen erhielten, beide Rechtsparteien nur ein Viertel, während die sozialdemokratischen Parteien zusammen fast 45 Prozent auf sich vereinigen.

Man begreift, daß auch die Deutsche Volkspartei sich in einer unangenehmen Lage befindet. Wenn sie wirklich die „Partei des Wiederaufbaues“ wäre, als die sie sich selbst vor den Wählern bezeichnet hat, so hätte sie infolge jener Verfassungsveränderung, die die Ernennung des Kanzlers durch den Reichspräsidenten vorsieht, die Möglichkeit gehabt, zu zeigen, was sie konnte. Dr. Heinze brachte ja nur ein Kabinett von Köpfen — wie die Deutsche Volkspartei es immer fordert — zusammenzustellen mit einem lebensfähigen Programm, welches den Forderungen des Augenblicks gerecht geworden wäre. Wir hätten die Parteien sehen mögen, die einem solchen Kabinett jetzt, vor der Konferenz von Spa, das Vertrauen verweigert und die Verantwortung für alle Folgen einer solchen Handlungsweise auf sich genommen hätten. Aber er hat es eben nicht fertiggebracht, und doch er nicht einmal den Versuch dazu unternommen hat, kennzeichnet die wahren Verhältnisse. „Nach heute“ — bemerkt die „Germania“ nicht ohne Ironie — „nimmt sich diese Partei an den Berliner Litfahnen: Von roten Ketten macht auch frei allein die Deutsche Volkspartei. In der Tat hat sie aber nicht das mindeste unternommen, um diese Worte in die Tat umzusetzen, und damit muß sie sich eigentlich in den Augen jedes Denkenden ihr Urteil schon gesprochen haben. Die Deutsche Volkspartei hätte ja den Versuch machen können, dem sich jetzt Trimborn anzieht, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen. Man muß sogar sagen, sie wäre die nächste dazu gewesen, weil sie bei den Wahlen ihren Erfolg wesentlich durch die Behauptung der bisherigen Koalition, insbesondere durch die Anschuldigung der Rolle der Reichspräsidentenwahl demokratie darin errangen hat.“

Die „Tägliche Rundschau“ sucht ihren Verger über die Rolle, die sie der Deutschen Volkspartei selbst verurteilt hat, Luft zu machen durch die Behauptung, all die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung seien lediglich darauf zurückzuführen, daß die Demokratische Partei sich bisher gemindert habe, an einer sachgemäßen Arbeit teilzunehmen und den Vorkäufen vom 8. Juni zu respektieren, eine Bestätigung, von deren Unwahrheit sich die Öffentlichkeit ohne Schwierigkeit überzeugen kann, da die Demokraten eben weil sie das Votum vom 8. Juni respektierten, sich bis gestern durchwegs zurückgehalten und abgewartet haben, bis man sie rief. Erst gestern ist man zum ersten Male an sie herangetreten. Das sei hier nochmals festzustellen. Die demokratische Erklärung wird übrigens in den Kreisen der Deutschen Volkspartei geteilt aufgenommen und durchaus nicht einmütig abgelehnt. Selbst die auf dem äußersten rechten Flügel marschierende deutschnationale „Tägliche Rundschau“ muß zugeben: „Es mag sein, daß unter den Anhängern der Deutschen Volkspartei sich diese oder jene Kreise befinden, die heute vielleicht dem republikanischen Staatsgedanken näher stehen als dem monarchischen, und daß sie der Meinung sind, es liege im Interesse Deutschlands, daß das Reich für alle Zeiten eine Republik bleibe; aber den Demokraten sei vertrieben, daß die Ansichten, die beispielsweise erst kürzlich wieder sehr zweifellos und nur Verwirrung stiftend in der „Königschen Zeitung“ vertreten worden sind, bei mehr als 90 vom Hundert aller Anhänger der Partei keinen Widerhall finden.“ Hier zeichnet sich schon innerhalb der deutschen Volkspartei eine Scheidung der Geister ab. Sie wird noch deutlicher in dem bisher deutschnationalen „Lokal-Anzeiger“, der offenbar einen guten Instinkt für die Konjunktur besitzt und bereits einzuschwenken beginnt. Er läßt sich von hervorragender volksparteilicher Seite“ mitteilen, daß das, was Dr. Petersen ausgesprochen habe, von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise geordert wurde. (Wir haben freilich von Bemerkungen Dr. Heinzes in dieser Richtung nichts gemerkt. Berliner Schriftleitung.) Die Erklärung Petersens sei eine Abgabe an die Grundzüge, die bisher von den Koalitionsparteien vertreten worden seien. Das ist nicht richtig, aber im übrigen: die Koalition ist ja gescheitert, und die Demokratische Partei handelt nur ihrem Programm getreu, wenn sie jetzt Forderungen, die sie in der bisherigen Koalition infolge ihrer zahlenmäßigen Schwäche nicht durchzusetzen vermochte und zu erfüllen mußte, nun mit aller Entschiedenheit auch vor der Öffentlichkeit weiter vertreibt. Der volksparteiliche Gewerksmann des „Lokal-Anzeigers“ erklärt dann weiterhin, daß die Deutsche Volkspartei von dem Standpunkt, den sie in Bezug auf die Monarchie einnehme, unter keinen Umständen abzuweichen wolle. Man könne auf dem Boden der Verfassung stehen und trotzdem monarchisch sein. Scheidemann hätte sich vom Kaiser zum Staatssekretär machen lassen, trotzdem die Sozialdemokratie als letztes Ziel die Befreiung der Monarchie erstrebte. Wenn man die demokratische Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerschaft Schillers hingearbeitet werde, der, wie verlautet, sein Ministerium schon fertig habe. (7) Die Deutsche Volkspartei könne unter keinen Umständen dulden, daß die kleinste Partei im Reichstag den Kanzler stelle. Ueber die Kanzlerschaft eines Zentrumsmannes ließe sich reden. Das Zentrum sei die stärkste bürgerliche Partei, habe in der Mitte und habe daher ein Recht, für sich die Kanzlerschaft in Anspruch zu nehmen. (7) Mit der Person Fehrenbach sei die Deutsche Volkspartei einverstanden.

Wie können die Deutsche Volkspartei beruhigen. Herr Schiller

denkt nicht daran, ein solches Amt zu übernehmen. Auch die Demokraten sind mit der Kanzlerschaft Fehrenbachs einverstanden. Für sie stehen unperfönlliche Fragen in erster Linie. Sonach könnte man annehmen, daß Herr Fehrenbach im Laufe des heutigen Tages zum Reichskanzler ernannt werden dürfte.

Eine volksparteiliche Stimme, die von der im „Lok.-Anz.“ etwas abweicht, findet sich im „B. T.“ Danach sei man in den Kreisen der Fraktion der Deutschen Volkspartei übereinstimmend, daß die programmatische Erklärung der Deutschen Demokratischen Partei in der Tat eine annehmbare Grundlage für eine Regierung bilden kann. Die Deutsche Volkspartei werde von ihrem monarchistischen Standpunkt nicht abgehen wollen, aber voraussichtlich erklären, daß sie darin keinen absoluten Widerspruch zu einem Bekenntnis für die Weimarer Verfassung sehen könne.

Der Reichstag einberufen

Berlin, 16. Juni. (Eigener Drachbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Trimborn hat den ganzen Vormittag über seine Bemühungen fortgesetzt. In Zentrumskreisen werden die Aussichten, eine Lösung der Kabinettskrise herbeizuführen, zurzeit sehr günstig beurteilt, und wir haben Herrn Fehrenbach, der ja für das Kabinett des Herrn Trimborn als Kanzler in Aussicht genommen ist, mit strahlender Miene in der Wandelhalle des Reichstages aus- und niederschreiten. Trimborn hat zunächst wieder mit den Sozialdemokraten verhandelt, und es scheint, daß er mit ihnen zu einer weitgehenden Übereinstimmung gekommen ist. Die Demokraten begannen heute vormittag ihre Fraktionsführung um 11 Uhr. Zunächst hielt Senator Petersen eine Ansprache, in der er einen Überblick über die bisherige Politik der Demokratischen Partei gab und darauf hinwies, was hier von Tag zu Tag in Berlin geschehe, das sei die beste Rechtfertigung für die Politik der Partei. Nun, wo die Fraktion um so viel kleiner geworden ist als Zahl der Mitglieder, werde sie um so geschlossener und fester arbeiten können. Petersen gab dann ausführlich eine Darlegung über die schriftliche Erklärung, welche er gestern Trimborn überreicht hat. Daran schloß sich die politische Ansprache, die sich bis spät in den Nachmittag hinzog und im Verlauf deren die Unterhändler zu etwa notwendigen Verhandlungen bestimmt werden.

Die Deutsche Volkspartei hat so viel ans Bekannt ist, heute vormittag keine Verhandlungen gepflogen; aber es scheint, als wenn sich in den Mittagsstunden die Ereignisse zu konzentrieren begännen. Die Verhandlungen des Zentrums wurden im Reichstag geführt, und zwischen 11 Uhr trauten ziemlich unermutet im Preussischen Abgeordnetenhaus, wo die demokratische Fraktionsführung stattfand, Gesellen von verschiedenen Zentrumskreisen auf, was auf eine Fortsetzung der Verhandlungen schließen läßt.

Berlin, 16. Juni. (Drachbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Präsident Fehrenbach hat, wie wir hören, den Reichstag auf den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, einberufen. In Zentrumskreisen wird berichtet, daß die neue Regierung heute nachmittag zustande kommen wird. Wie verlautet, wird Fehrenbach Reichskanzler, für das Ministerium des Auswärtigen wird Geheimrat Simons, der frühere Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, als außerordentlicher Kandidat genannt. Die Verhandlungen dauern noch an.

Berlin, 16. Juni. (Drachbericht.) Zur Regierungsbildung berichtet die „R. Berl. Ztg.“, daß eine Erklärung der Gewerkschaften vorliegt, die die alte Koalition von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum als die den obwaltenden Umständen nach am besten geeignete Lösung der Regierungskrisis erklärt. Scheidemann habe sich gleichfalls in diesem Sinne ausgesprochen.

Die bürgerliche Obstruktion im braunschweigischen Landtag

Braunschweig, 16. Juni. (Drachbericht.) In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung beantragte der Abg. Paul Junke (L. S.), die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses hinfällig nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit erfordern sollte, sondern daß das Haus schon beschlußfähig sein soll, wenn die Hälfte der Abgeordneten anwesend sei. Vor der Abstimmung wurde die Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt.

Erneuerung der Wiener Kabinettskrise

Wien, 16. Juni. (Drachbericht.) Unerwarteterweise ist heute wieder eine Verschärfung der Krise eingetreten, welche gestern schon als erledigt betrachtet wurde. Diese Verschärfung wird verursacht durch die Christlich-Sozialen der Länder, die heute in Wien zusammentraten, um an den alten Forderungen der Partei, namentlich Erledigung der Verfassungsreform nebst Vermögensabgabe festzuhalten, und die Bedenken gegen den unveränderten Fortbestand der jetzigen Regierung haben. Endgültige Beschlüsse wird die Partei erst morgen fassen.

Beginn der Spa-Konferenz am 5. Juli

Amsterdam, 16. Juni. (Drachbericht.) Nach einer Londoner Meldung sagte Lloyd George gestern im Unterhaus, das Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen deutschen Regierung noch nicht endgültig festgesetzt; doch werde die Konferenz wahrscheinlich am 5. Juli beginnen. Die für dieselbe geplante Zusammenkunft der führenden englischen und französischen Staatsmänner sei nicht durch neu hervorgetragene Gesichtspunkte notwendig geworden, sondern es sei im Gegenteil jetzt geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland untereinander Besprechungen abhalten.

Wesche im Präsidium des Hansabundes. Wie der Hansabund mitteilt, ist am 12. d. M. der bisherige Vorsitzende, Geheimrat Prof. Dr. Rießer, aus dem Präsidium ausgeschieden. An Stelle von Dr. Rießer, dem das Präsidium zum Ehrenpräsidenten ernannte, ist Generaldirektor Dr. Endemann mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Präsidiats beauftragt worden.

Das demokratische Eingreifen

E. E. Die heute morgen veröffentlichte parteiamtliche Erklärung der deutschen demokratischen Fraktion des Reichstages erinnert daran, daß die bisherigen Bemühungen zur Bildung einer Reichsregierung anders verlaufen, als der Verfassung entspricht. Nun wird zwar von anderer Seite betont, daß alles, was bisher geschehen sei, doch nur unverbindliche Besprechungen, also lediglich vorbereitende und noch gar nicht formelle Schritte darstelle, allein Tatsache ist, daß auch in früheren Fällen die Regierungsbildung in der deutschen Republik in derselben Weise vor sich gegangen ist wie diesmal, und daß also eine Mahnung, sich an die Verfassung zu halten, am Platze war. Die Verfassung schreibt ungefähr dasselbe Verfahren vor, das in anderen parlamentarisch regierten Ländern gilt, und wonach ein mit der Kabinettsbildung betrauter Politiker sich die Persönlichkeiten, die ihm geeignet erscheinen, aussucht, sich mit ihnen auf Grund seines Programms verständigt und dann sich um die Billigung des Parlaments für die neue Regierung bewirbt. Bei uns ist es bis jetzt immer noch anders gewesen. Da haben die Fraktionen der Regierungsmehrheit je nach ihrer Stärke eine Anzahl Ministerliste belegt und die Persönlichkeiten von sich aus präsentiert. Das mag in der ersten Zeit, da ohnehin manches Durcheinander nicht zu vermeiden war, hingegangen sein, jetzt aber ist es nachgerade Zeit, damit zu brechen. Es ist nicht einzusehen, warum jetzt Unterhändler wie Herr Trimborn, von dem noch gar nicht feststeht, ob er, falls seine Bemühungen glücken, selber die Führung der Regierung übernehmen würde, tätig sind. Solche sonderlichen Vorbesprechungen könnte ja auch der Reichspräsident mit den Fraktionen pflegen. Herr Ebert hat zweifellos das Bestreben, möglichst korrekt zu verfahren und seine Person nicht mehr in den Vordergrund zu schieben, als nötig ist und der Verfassung entspricht, aber er hätte formell den Abgeordneten Trimborn zum künftigen Reichskanzler bestimmen und ihm die Kabinettsbildung übertragen sollen.

So wie die Dinge jetzt gelaufen sind, ist von Persönlichkeiten überhaupt noch keine Rede gewesen, indessen kann niemand verkennen, daß es doch auch, gelinde gesagt, ein wenig auf die Personen ankommt, die ihre Parteien in der Regierung vertreten sollen. Das größere oder geringere gegenseitige Vertrauen der Fraktionen ist zweifellos verschieden je nach den Namen der in Aussicht zu nehmenden Minister. Und neben der Personenfrage steht die Frage nach dem Programm. Aus den allgemeinen Parteiprogrammen ergibt sich ja noch nicht mit zwingender Eindeutigkeit das notwendig viel knappere Regierungsprogramm, das eine Fraktion je nach der politischen Lage aufstellen würde. Die Aufgaben der Regierung sind heute anders als in einem Jahre, es kommen heute besondere Probleme in Betracht, zu denen sich die Parteien, die an der Regierung teilnehmen wollen, bestimmt äußern müssen. Eigentlich kann man sich also gar nicht entscheiden, ob man unter Umständen z. B. mit der Deutschen Volkspartei zu regieren bereit ist oder nicht, sondern das hängt zunächst von der einwandfreien Beantwortung genauer Fragen ab, die der Partei zu stellen sind. Die Sozialdemokraten haben bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung von vornherein leider starke parteipolitische Rücksichten wälten lassen, die sich teils auf den vergangenen Wahlkampf, teils auf die Stimmung ihrer Wählerschaft bezogen. Die Demokraten wollen die Sache grundsätzlich anders machen. Auch sie denken zwar an, daß die Erinnerung an den Wahlkampf der Einigung sehr hinderlich ist, aber sie ziehen nur die Folgerung, daß gerade wegen dieser Schwierigkeiten heute allein der korrekte Weg der Verfassung zum Ziel führen könne.

Es handelt sich jetzt eben nicht darum, einfach die Parteien, die in der Wahl gesiegt haben, zur Macht zu bringen, — es hat sich ja gezeigt, daß das nicht geht, daß sie zusammen nicht regieren können, und daß selbst ihre Beteiligung an anderen Koalitionen fast unmöglich erscheint. Jetzt dreht es sich um die praktischen und sehr drängenden Bedürfnisse des Reiches und des ganzen Volkes, und die können nicht durch Fraktionsarithmetik, durch Errechnung einer rein zahlenmäßigen Mehrheit bewältigt werden. Der Regierungsblock muß vielmehr zunächst in sich einigermaßen homogen sein, wie man früher sagte, und er muß zweitens die Gewähr bieten, daß diejenigen, die drauhen bleiben, möglichst nicht zu einer radikalen Opposition gezwungen werden, die jeden Tag die Regierungstätigkeit mit der ständig wachsenden Gefahr schwerer innerer Erschütterungen belasten müßte.

Die Demokraten haben von sich aus nur einige wenige, aber scharf umrissene Sätze aufgestellt, die ihr Mindestprogramm bezeichnen, und ohne deren Anerkennung durch die etwaigen anderen Koalitionsparteien sie in keinen Regierungsblock eintreten würden. Grundsätzlich sind sie bereit, mit jeder Partei, die diesen Richtlinien zustimmt, zusammen zu arbeiten. In der Tat aber verengt sich das Bild einer Regierung an der die Demokraten teilnehmen würden, schon nach diesen wenigen Sätzen ziemlich stark. Der erste Punkt: Anerkennung der Weimarer Verfassung, würde vielleicht für beide Rechtsparteien kein Stein des Anstoßes werden. Ebenso würden sie dem dritten: Behauptung jedes Versuches einer Klassenherrschaft oder der Einräumung von Vorrechten beipflichten können, und nicht minder dem letzten: der Bezeugung der Weimarer Verfassung ohne parteipolitische Rücksichten durch Personen, die ihr Bekenntnis zur Verfassung wirklich zu betätigen gewonnen und nach der Art ihrer Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind — das brauchen übrigens keineswegs nur sogenannte Fachminister zu sein, denn zu der Eignung eines Regierungsmitgliedes gehören heute unbedingt politische Verstandnis und politische Schulung, und die Vorbildung braucht nicht gerade spezialistisch zu sein. Auch der vierte Punkt, eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs, würde wohl von der ganzen Rechten angenommen werden, es fragt sich eben nur, was sie darunter versteht und mit welchen Mitteln sie diesem Ziele nabekommen

gedenkt. Unter den Mitteln nennt nun die demokratische Erklärung nicht allein die Ablehnung jedes monarchistischen Agitation, sondern auch ihre Bekämpfung. Es bedarf keiner Erklärung, daß sich die Deutschenationalen dazu nicht verstehen können. Dasselbe gilt für diese Partei von dem fünften Punkt, der Ablehnung des Antisemitismus. Sie hat im Wahlkampf ohne Unterschied eine antisemitische Agitation betrieben, die freilich vielfach nur Mittel zu anderen Zwecken, namentlich zur Schädigung der Demokratischen Partei, war, die sie jetzt aber dem Gelehrter preisgeben würde, wenn sie hierin Zugeständnisse machen wollte. Die Deutschenationalen scheiden also als Mitarbeiter für die Demokratische Partei aus. Sie werden sich wohl oder übel zu diesen Bedingungen äußern müssen, und es wird sich dabei zeigen, daß ihre bisherige allgemeine Erklärung, sie wollten versöhnungsmäßige Programmwünsche zurückstellen, für eine Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei nicht hinreicht. Etwas anders liegt die Sache bei der Deutschen Volkspartei. Sie würde sich wohl für den Augenblick geschlossen zu einer Ablehnung der monarchistischen Agitation verstehen; in eine Bekämpfung dieser Agitation werden indessen höchstens Teile der Partei willigen können. In einer Regierung, an der sich die Demokraten beteiligen sollten, wären daher nur gewisse Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei, nicht aber die Partei als solche unterschiedslos möglich. Und daselbe gilt von der Ablehnung des Antisemitismus. Darüber ist man sich bekanntlich in der Deutschen Volkspartei nicht einig. Herr von Kardorff würde, obwohl er noch weiter rechts herkommt, diesen demokratischen Programmsatz ohne weiteres unterschreiben, und auch Herr Rieher, der ja selber Jude von Geburt ist, würde kaum anders können, wenn er persönlich vor die Frage gestellt würde. Ähnlich mag es noch einer Reihe anderer volksparteilicher Politiker gehen, nicht nur deshalb, weil viele von ihnen Juden oder mit solchen verwandt oder verschwägert sind, sondern auch, weil ihre Anschauungen in diesem Punkte wirklich liberal sein mögen. Andere aber, z. B. der Admiral Bräuninghaus, der in der Agitation in Chemnitz sich antisemitisch hervorgetan hat, werden das Zusammengehen mit einer Partei, die solche Sätze aufstellt, überhaupt ablehnen, wogegen die Demokratische Partei natürlich nichts einwenden hat. Sie wird ruhig abwarten, wie sich die Deutsche Volkspartei im ganzen zu diesen Leitlinien stellt.

Für sie selbst konnte, gerade nach der Agitation der Rechtsparteien, kein Zweifel sein, daß sie diese beiden Streitpunkte, die vielleicht dauernd zu Trennungspunkten zwischen ihr und der Rechtsparteien werden: Ablehnung des Monarchismus und des Antisemitismus, unter ihren Regierungsgrundsätzen aufzuführen mußte. Die Partei ist nicht nur demokratisch, sondern auch republikanisch. In sich braucht noch nicht jede monarchistische Agitation verfassungswidrig zu sein, obgleich sie auf eine Verfassungsänderung abzielt; wenn monarchistische Parteien die Mehrheit bekommen und die Regierung übernehmen sollten, wäre das auch nicht gegen die Verfassung. Allein eine demokratische und republikanische Partei müßte in einem solchen Falle eben der Regierung fernbleiben und sie bekämpfen. Was aber den Antisemitismus angeht, so kann eine demokratische Partei, zu deren obersten Grundgedanken die Gleichberechtigung aller Staatsbürger gehört, keine Unterschiede zwischen Staatsbürgern machen, die sich zur Verfassung bekennen. Das ist in der Wahlagitation vielfach übersehen worden, wenn man der Partei ihre Stellung zur Judenfrage verübte. Zur Ablehnung des Antisemitismus gehört noch kein Philo-Semitismus, sondern es genügt dazu, daß man mit den Grundgedanken der Demokratie Ernst machen will. Es ist ein gutes Zeichen für die Ueberzeugungstrennung der Fraktion, daß sie, unbeirrt von mehr oder weniger populären Stimmungen des Tages, die selbstverständlichen Folgerungen aus ihren politischen Grundanschauungen zieht, selbst auf die Gefahr hin, daß sie sich deswegen aus einer sich bildenden Regierung ausschließt. Allein es handelt sich hier um die Demokratie selber, nicht um das Judentum, und die Demokratie ist gerade heute von rechts und links viel zu gefährdet, als daß die demokratischen Parteien von den Grundgedanken ihres Programms auch nur an einzelnen Stellen etwas abbrechen dürften.

an Parteiinteressen und an Parteilanschauungen bringen, so ist die Demokratische Partei zu Opfern an Parteiinteressen ebenfalls bereit; Opfer der Parteilanschauungen aber verbieten sich bei ihr von selbst, da sie keine extreme Partei ist, die erst nach der Wahl zu entgegenkommen müßte, um eine Annäherung an eine lebensfähige Regierung zu ermöglichen. Sie steht vielmehr in der Mitte, in der allein der Schwerpunkt der Regierung liegen kann, und ihr Programm zeigt ungefähr die Linie an, auf die sich jede Regierung wird einigen müssen, wenn sie Bestand haben und Deutschland zum Segen sein will.

Klassenjustiz im „Roten Thüringen“

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Die ersten Blätter der Geschichte des jungen Staates Thüringen, des „roten Thüringen“, sind durch ein unruhliches Blatt, wie der Jenaer Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Rosenthal, Schöpfer der Verfassung des neuen Staates, in seiner Eigenschaft als demokratischer Abgeordneter des Reichstages sagte, vermerkt worden. Die gesamte Linke hat mit dem sogenannten Disziplinargesetz gegen die Stimmen der Demokraten und der vereinigten Rechten, also der bürgerlichen Parteien, einer Vorlage Rechtskraft verliehen, die man als eine staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit bezeichnen muß. Die Gesetzesvorlage war unter scharfem Druck der sozialistischen Kräfte Geras und unter uneingeschränkter Zustimmung der Parteimitglieder des Landes und derjenigen der anderen in der Gemeinschaft vereinigten Staaten von der Regierung des Reichstages Reuß eingebracht worden. Die Vorlage wurde von der reichlichen Regierung mit der Begründung eingebracht, daß das ordentliche Verfahren in Reuß zu langsam arbeite und die Sache Gefahr laufe, zu verfallen, und daß ein großer Teil der Richter, vor allem der Präsident des Landgerichts, stark verdächtig seien, am Rapp-Putsch beteiligt zu sein, bzw. ihm wohlwollend gegenüberstehen zu haben; man verlange deshalb einen besonderen, hauptsächlich aus Laien (Abgeordneten des Reichstages) bestehenden Disziplinargerichtshof mit einem einzigen Richter an der Spitze. Dieser Ausnahmegerichtshof soll sofort zusammentreten und noch vor dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren seinen Spruch fällen.

Dieses Gesetz rief, wie schon gesagt, auf den schärfsten Widerspruch der bürgerlichen Parteien, und namentlich waren es die Demokraten Geheimrat Dr. Rosenthal und Vizepräsident Dr. Mehnert-Altenburg, die es energig bekämpften. Man betonte zunächst, daß es als ein Ausnahmegesetz gegen die Verfassung des Reiches verstoße und deshalb von vornherein unzulässig sei. Während weiterhin seitens der Linken betont wurde, daß überhaupt das Berufungsrecht dem Kaisergericht vorbehalten werden müsse, erklärte Dr. Rosenthal mit starker Betonung, daß hier eine Klassenjustiz schlimmster Art geschaffen werde, die nach dem jahrelängigen Verhalten der Parteien die Linke die Oberhand hätte; während es bislang bei allen Gerichtshöfen Brauch gewesen sei, politische Stimmungen und Strömungen vom Gerichtssaal fern zu halten, werde hier die Politik mit allen ihren bösheligen Begleiterscheinungen herbeigezogen, von Unparteilichkeit könne nicht mehr die Rede sein. Und dann: „Noch niemals ist es in der Welt vorgekommen, daß ein Gericht über bestimmte Vergehen eingesetzt wird, nachdem die Tat bereits begangen ist, denn jeder Staatsbürger muß vor Vergehen der Tat wissen, daß er sie zu verantworten hat; ein Gesetz rückwärts zu revidieren, geht nicht an. Mit diesem Gesetz wird die Art an die Wurzeln des Rechtsstaates gelegt und etwas beschlossen, was noch in keinem Kulturstaat existiert. Von der Rechten wie den Demokraten wurde ausdrücklich betont, daß die Teilnehmer am Rapp-Putsch unbedingt bestraft werden müssen, aber das müsse von dem ordentlichen Gerichtshof aus geschehen, gegen jedes Herkommen verstoße es aber, daß dieser der ordentliche Gerichtshof gesprochen, das Disziplinargericht urteile, wodurch die Entschleunigung des ordentlichen Gerichts geahmt und gegebenenfalls beeinträchtigt werden. Es kommt schließlich noch hinzu, daß durch Annahme dieses ungläubigen Gesetzes im Reichslande Reuß nunmehr zwei Disziplinargerichtshöfe neben dem ordentlichen Gericht beständen. Die ganze Aktion hätte man, da man lediglich Befangenheit der Richter als Grund für das Gesetz angebe, vermeiden können, wenn man die Disziplinierung der verdächtigen Beamten einem außergerichtlichen Gericht übertragen hätte. Ob die übrigen thüringischen Staaten das beschlossene Gesetz in Anwendung bringen werden, ist noch ungewiß.“

Die aufregende Wahl im Nationalkonvent

Da die republikanische Partei in den Vereinigten Staaten diesmal große Aussichten hat, ihren Kandidaten für die Präsidentschaft durchzubringen, ist es doppelt interessant, zu vernehmen, wie die Wahl jenes Republikaners Harding vor sich ging. Diese Nominierung war eine ungemöhnliche Ueberraschung und der gesamte republikanische Nationalkonvent besand sich in unbeschreiblicher Erregung. Darüber wird noch aus Chicago berichtet:

Nachdem in den ersten vier Abstimmungen General Wood an führender Stelle vor Senator Johnson herausgekommen war, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu erreichen, ergab die fünfte Abstimmung eine bemerkenswerte Veränderung, indem General Wood überflügelt wurde. Er erhielt 308, Wood 290, Johnson 133 Stimmen. Die Wahl wurde unter großer Erregung und minutenlangen Demonstrationen fortgesetzt. Bei der achten Abstimmung trat die große Sensation ein, indem der Duffield Senator Harding von Ohio plötzlich die bemerkenswerte Zahl von 153 Stimmen emporschnellte. London hatte in diesem Wahlgang noch 307, Wood 295 Stimmen. Der rasche Wechsel der führenden Kandidaten läßt auf die Teilnahme am Konvent eine vermerkte Wirkung. Man war sich hier darüber, daß ein Duffield plötzlich die größten Chancen hatte. Tatsächlich wurde nach neun erfolglosen Abstimmungen in der zehnten endlich die absolute Mehrheit erreicht. Es waren 403 Stimmen für die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten notwendig. In der zehnten Abstimmung erhielt Senator Harding 692 Stimmen gegen 156, die auf General Wood entfielen. Es herrschte ungeheure Erregung im Konvent. Seit dem Jahre 1880 hat man nicht mehr einen so schwierigen Wahlgang und so lange dauernde Abstimmungen erlebt.

Hardings Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten wird als ein Sieg des rechten Flügels der republikanischen Partei, der sogenannten „Standpatters“ oder der „Reifen Mauer“, deren Führer Senator Primrose aus Pennsylvania ist, betrachtet. Harding bekannte sich zum Völkerverband mit den republikanischen Vorbehalten (also: zum mittleren Weg, D. Schiff), und zur militärischen Uebungsstufe in der Dienstpflichtfrage. In Regierungskreisen bezeichnete er sich als Systemreformer (sozialpolitische Regungen, aber nur in beschränktem Maße). Hardings Zustimmung zu der Antitrustgesetzgebung wird ihm die Sympathien von Wallstreet sichern, der eine Mac-Kinley-Rolle lieb sein wird. Die Schriftleitung.)

Spaltung der Republikaner?

Wie wir in unserem Artikel in der Montag-Frühausgabe dargelegt hatten, ist die parteipolitische Struktur der Union ins Wanken gekommen. Je nach dem Ausfall der Nominierung auf den beiden Konventen wird sich die Möglichkeit oder Unwahrscheinlichkeit einer neuen Parteibildung ergeben. Eine Nominierung des erzkonservativen Generals Wood würde die Herbeigründung einer Fortschrittspartei begünstigen haben. Man weißt aber schon die Nominierung Hardings ein solches Bestreben von einer anderen Seite: von dem Senator La Follette, einem der 14 „unerschütterlichen“ Träger des liberalen Gedankens. Dazu erzählt der „Daily Telegraph“ von seinem Korrespondenten in New York:

Es besteht Aussicht, daß Senator La Follette, der ein erbitterter Gegner des Völkerverbandes ist, versuchen wird, eine dritte Partei zu bilden. Die Freunde der Insel sind sehr verstimmt, daß es nicht gelungen sei, eine Bestimmung über die irische Frage in die republikanische Plattform aufzunehmen zu sehen.

Paris, 15. Juni. (Drahtbericht.) Nach dem „New York Herald“ spricht man von einer Spaltung der amerikanischen republikanischen Partei wegen der Niederlage des Senators Johnson bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten. 48 Mitglieder der Partei haben ein Komitee gebildet. Einer von den Unterzeichneten, Pinchot, hat für den 10. Juli einen Konvent einberufen, um einen neuen Kandidaten zu benennen.

Eine schärfste Vorlage zur Verstaatlichung von Kohlenbergwerken

Δ Dresden, 16. Juni. (Drahtbericht.) In unserer Dresdener Schriftleitung ist die schärfste Regierung vor, wie wir oben, einen Gesetzentwurf fertiggestellt, wodurch das Gesamtministerium ermächtigt werden soll, die Verstaatlichung einzelner Kohlenwerke durchzuführen, wenn diese unbedingt zum Staatswohl hinzugezogen werden müssen, um einen gemeinsamen rentablen Abbau zu ermöglichen. Es ist allerdings noch unbestimmt, ob die Vorlage noch der Volkskammer oder erst dem zukünftigen Landtage gegeben wird.

Die Landtagswahlbewegung in Thüringen. In Altenburg, Reuß und Sondershausen haben die Deutschenationalen, die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Volkspartei für die thüringischen Landtagswahlen gemeinsame Kandidaten aufgestellt.

Revision der Telephongebühren

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht.) In einer Erwiderung auf die Proteste gegen die Erhöhung der Fernsprechggebühren wird von zuständiger Seite u. a. mitgeteilt, daß trotz der Erhöhung aller Gebühren für das laufende Rechnungsjahr mit einem Mehrertrag von über eine Milliarde Mark zu rechnen sei. Es sei zuzugeden, daß die lediglich dem Grundbesitz nach vorgenommene Erhöhung der Anschlussgebühren die tatsächliche Inanspruchnahme der Fernsprechanlagen nicht genügend berücksichtige. Dieser Erkenntnis hat sich auch die Reichstelegraphenverwaltung nicht verschlossen. Sie beabsichtigt deshalb, einen auf neuer Grundlage aufgestellten Fernsprechggebührenapparat aufzustellen, sobald dies die für die Durchführung erforderlichen Apparate gestattet.

Wüßtet ihr, was Gefühl ist ...

Von Max Brod.

Im letzten Heft von Stefan Großmanns „Lagebuch“ (E. Rowohlt, Berlin) steht das folgende Zeitgedicht von Max Brod gegen den Großbetrieb der Menschenliebe und gegen die Weltweisheit in Plakatform:

Ihr plakatiert ewer Güte-Plakat,
In allen Lichtschalen: Große Menschenliebe!
Verbrüderung! Umarmt euch! Sonnenstaat!

Wäre nur eure Unerschrockenheit nicht so giftig, —
Oern glaubt ich euch! In euren Augenwinkeln
Wär' eigenhändig nicht dies Rätseln und Verblühen!

Ihr kennt nicht den Sonnenanfang in des Nebennischen Aug,
Wenn man spricht, wonach ihn verlangt, tut, was er will.
Ihr sprecht nur immer selbst, winket den andern: Still!

Ihr versteht nicht zuzuhören. Zu verstehen versteht ihr nicht.
Wart ihr je zu zweit? Zu zweit, wenn man nicht mehr spricht,
Wie Sonne und Mond zu zweit — zu zweit wie Mann und Weib. —

Zu zweit wie du und ich. Kein Gott gibt mehr. Zu zweit
Löst die Welt und krönt der Himmel höchsten Palast —
Und zu zweit ist so tief innen, daß man es kaum erfährt.

Zu zweit ist Herzansch, zu zweit ist weinende Bescheidenheit.
Zu zweit hüßt einander. Und wo tiefste Hilfe ist,
Mit auch zu zweit. In weisse Weite geht zu zweit.

Ihr aber verpaßt, nur einmal einem Freunde
Leber das Haar zu streichen, — fragen, ob er schlafen kann.
Ihr brüllt nur los. Für euer Gebrüll bezahlt man dann.

Drum wo ihr gut heißt, will ich das mich nennen,
Wo ihr für liebend gelist, lieblos mich bekennen,
Wo Größe euer Tun ist, in das Allerkleinste rennen.

Weg, weg, ihr Karren, Erfindungs-Großbetrieb,
Weg, Lournouet des Gotteseichs, Elektroturbine, Verfunkenheit,
Warenhaus „Zum großen Erbarmen“, Patent „Jenseits der Zeit“.

Weg, Tenorarie der Demut, Kino der Rettungslust,
Plakat „Ich revolutioniere“ und die vor allem: Insekt!
„Wie werde ich paradiesisch“, — Oh ihr, aus demen Kästern schreit,

Abtutet ihr, was Gefühl ist, das Blick an Blick reißt —
Ihr wäret nicht so laut, nicht so verlassen
Kant, eure Liebe räche nicht wie parfümiertes Wasser.

Ihr sähet einmal abends um, für Mutterstirn
Und Ruh bereit — und Gott nicht gar so weit, so weit —
Und unsere Zeit wäre nicht unsere Zeit.

Wöchentliche Abhaltung der Gesellschaft für deutsche Volksbildung.

2. Konzert. So gern wie ich Musik hab, so wenig gern hör ich darüber reden. Aber eine Sprache sprechen, bleibt immer ein geäußertes Ding. Und gar über Musik, diese Sprache des Geistigen. Uebens — der Raum der Paulinerkirche ist für diese Art An- und Aussprache, wenigstens am Anfang, und der soll der beste sein — viel zu groß. Wer der hochgeschätzte Herr Vortragende Dr. Reuß vorn am Pult schon schwer, nur streckenweise verträglich, so erhöhte sich dieser Uebelstand, wenn er im Hintergrunde verschwand, um am Klavier Proben der Motive zu geben. Jedem war seine Artikulationskunst nicht immer einwandfrei, wodurch das nachdrücklich erstrahlte Verständnis der wertvollen Ausführungen erschwert wurde. — Die eine Komik von Wech: „Ich habe genug“, prächtig gelungen von Dr. W. Rosenthal, einschätzte für alles. Die reiche Färbung des Collegium muscama, das sich unter zurückhaltender Leitung des Herrn Gotthold Frotscher als gut eingepflegt zeigte, sowie das wogemalige Orgelspiel des Herrn Erich Knorr mußten erfreuen. Es ist anzunehmen, daß die folgenden zwei Konzerte von Händel entsprechend vorteilhaft zu Gehör gekommen sind. Daß eine so beachtliche Zahl Stablenender dafür sorgt, daß die Kunst des Violinspiels so prächtige Pflege findet, verdient besondere Anerkennung. Diese Konzerte werden in ähnlicher Weise die Erinnerung an die Zeit, wo vor ungefähr 30 Jahren die Akademischen Konzerte unter Führung Hermann Krehlförners in Blüte standen. Wir wünschen der Gesellschaft weiteste Ausbreitung. Es handelt sich um eine gerade für die Gegenwart sehr ernste Sache.

Dr. Hugo Ledemann.

Reichsfinanzministerium und Künstlerchaft. Uns wird geschrieben: In den Reichsraatsverhandlungen der letzten Tage ist nun die Entscheidung gegen die Künstlerchaft gefallen: das Reichsfinanzministerium hat in der Frage der Luzussteuer gestimmt. Während alle anderen freien Berufe „nur“ 1% Prozent Umsatzsteuer zahlen, sollen die bildenden Künstler als „Kleinhandlender“ ihrer Werke 15 Prozent entrichten. Und zwar nicht nur von ihrem Verdienst, sondern auch von ihren Ankosten, die bei den jetzigen Materialpreisen für Leinwand, Farben, Bronze usw. oft den größten Teil des Erlöses ausmachen. Weder die Fraktionen, die in der Sache überempfindlich wurden, noch die Regierungen wollen diese Steuer, die dem Elend wegen der hochpreisigen Kontrolle nichts bringt, den Künstlern zur

einen unvorhergesehenen Vorteil zu verschaffen scheint, aber die Künstler und mit ihnen die Kunst erdrosselt. Diese Gesichtspunkte spielen freilich im Reichsfinanzministerium keine Rolle. Was die Kunst selbst, wo sie bleibt, wenn nur das Umsatzsteuergesetz keinen Schicksalsfehler bekommt! — die Kommentatoren würden am Ende nicht mehr passen. Und als Schluß bleibt eben, daß das Reichsfinanzministerium recht behält. Hoffentlich macht der Reichstag bald einen Strich durch die allzu getreue Rechnung.

Der Reichskunstwart Dr. Rothlof ist bekanntlich auch noch Leiter der Reichlichen Sammlungen Württemberg, in die er seit seinem Amtsantritt reiches Leben zu bringen bemüht ist. Es ist aber gar nicht lange her, so hat er sich dadurch die Gegenpartei gewisser, dem Fortschritt unangenehmer Kunstbegriffe zugezogen. Wie die „Freiburger Sonntagszeitung“ mitteilt, bemüht man sich Anlaß dazu die Tatsache, daß Dr. Rothlof einige ausländische Werke zweites Ranges verkauft hat, um Mittel für Restaurierungen zu schaffen. Der Verkauf geschah für die Stuttgarter Sammlungen so glücklich, daß der Händler, der sie erwarb, gleich hinterher diese Kaufsumme verlor. Trotzdem gehen aber die Wählerinnen gegen Rothlof unerbittlich weiter, und es scheint, daß er schon fast gar nicht mehr ist.

Der Landesverband hessischer Vereine Sachsens, dem sich auch außerhessische Vereine angeschlossen haben, hielt vom 12.—14. Juni in Marburg i. H. seinen 38. Verbandstag ab. Mit dem Verbands- und insbesondere Schulischen Land in Hand, will sich der Verband der Erziehung von Jugend- und Volksschulen widmen. Als Ort der Tagung 1921 kommt Dresden oder Leipzig in Frage. — Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Chemnitz, Jöhlerplatz 24.

Professor Dr. E. S. Cornill. Der altberühmte Theologe E. S. Cornill, ebenfalls Professor an der Universität Halle, ein sehr angesehener Fachschriftsteller, ist, wie unser Korrespondent meldet, dort im Alter von 80 Jahren gestorben.

Die Erklärung des Politikers. In der nächsten Nummer des „Grenzboten“ erzählt Ministerdirektor von Stöckhammern von einem Besuch, den er am Morgen der englischen Kriegserklärung an Deutschland dem bayerischen Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler Freiherrn von Hertling machte: „Als ich dem Ministerpräsidenten morgens um sieben Uhr in seiner Bibliothek über die aus Berlin über die Londoner Entschlüsse eingehenden Nachrichten Meldung erstattete, fand ich ihn vor einem großen Wandkartbild stehend. Auf meine etwas überraschende Frage, woher er in dieser Zeit sich übertragender Ereignisse die Seelenruhe nehme, die zur Beschäftigung mit derart abstrakten Gedanken notwendig sei, erwiderte er mir mit feinem Lächeln, daß eben diese Beschäftigung ihm die Ruhe der Ueberlegung sichere, deren er in diesen aufgeregten Tagen bedürfe.“

Handels-Zeitung

Hansa, Dampfschiffahrts-Gesellschaft, in Bremen. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Kapitalerhöhung von 25 auf 60 Mill. Mark. Von den neuen Aktien werden den alten Aktionären 25 Mill. Mark zum Bezuge angeboten, während die restlichen 10 Mill. Mark neuer Aktien einer Interessengemeinschaft der bremischen Reedereien überlassen wurden. Die bremischen Reedereien wollen sich zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen, um sich gegen die Gefahr der Überfremdung zu schützen. Die neue Gesellschaft bedürft selbstverständlich großer Mittel zum Bau neuer Dampfer.

Braunschweigische Landesbahn. Die Generalversammlung ermächtigte die Verwaltung zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Mill. Mark. Rechtsanwält Kirchner, Frankfurt a. M. wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Aus der sächsischen Brauindustrie. Die Generalversammlung der Schloßbrauerei Nieder-Poyritz beschloß, die Brauerei zum Plauenschen Lagerkeller bei Dresden auf 15 Jahre zu pachten. Die Firma wird künftig lauten: Erste Genossenschaftsbrauerei Dresden.

Neuer Zuckerpreis. In Kreisen der deutschen Zuckerindustrie rechnet man damit, daß der Rohzuckerpreis für das kommende Betriebsjahr auf mindestens 250 M für den Zentner festgesetzt werden wird. Das wäre gegenüber dem bisher vorgesehenen Preise eine Steigerung um 100 M für den Zentner.

Clemens Müller, Akt.-Ges. in Dresden. Die Generalversammlung beschloß, zur Stärkung der Betriebsmittel das Grundkapital um 1 auf 8 Mill. Mark heraufzusetzen.

Tiefbau- und Kältelager, Akt.-Ges. vorm. Gebhardt & König in Berlin. Das am 31. Januar 1920 abgelaufene Geschäftsjahr schließt mit einem Uberschuß von 8004 M entgegen einem Verlustsaldo von 549 938 M im Vorjahre ab. Der aus der vorjährigen Bilanz übernommene Verlustvortrag ermäßigt sich damit auf 2 294 799 M.

Langbein-Planhauser-Werke, Akt.-Ges. in Leipzig-Sellerhausen. Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien dieser Gesellschaft wird am 22., 23. und 24. Juni gehandelt werden. Die Vermittlung übernimmt die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig als Bezugsstelle.

Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Ketzsch, Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 17 (i. V. 10) Prozent.

Berliner Börse vom 16. Juni

Die Absichten auf die baldige Bildung der Reichsregierung blieben auf die Tendenz der heutigen Börse nicht ohne Einwirkung, wenn gleich die wachsenden Valutakurse zur Zurückhaltung mahnten. Im Vordergrund des Interesses hielten sich nach wie vor die Montanpapiere; hier waren Buderus, Deutsch-Luxemburg, Harpener, Lotharinger Hütte, Phoenix, Rheinisch, Rombacher, Hohenlohe, Kattowitzer befestigt; andererseits waren Oberkoks und Gelsenkirchener schwächer; Oberbedarf gab nach letzterem Beginn nach, während Hoesch gerade die entgegengesetzte Kursbewegung durchmachte. Die Kolonialanteile lagen meist schwächer, namentlich Schantung und Otavi; aber auch Neu-Guinea, Pomona, Deutsche Kolonial brüskelten ab. Die Schiffahrtsaktien konnten die zum Schluß des gestrigen Verkehrs eingetretenen größeren Kursaufbesserungen heute meist gut behaupten. Petroleumwerte lagen fest, namentlich Deutsche Petroleum und Deutsche Erdöl. Die chemischen Papiere waren nachgebend, besonders Badische Anilin, die aber im weiteren Verlaufe einen Teil ihrer anfänglichen Einbußen wieder einzuholen vermochten. Von den Elektrizitätsaktien waren Bergmann und Schuckert fester, wegen Feiten & Guilleaume und Deutsch-Uberssee niedriger lagen. Kaliwerke waren durchweg niedriger. Von den Bankaktien mußten sich Disconto Commandit sowie Deutsche Bank eine kleine Abschwächung gefallen lassen. An sonstigen Industriepapieren waren Augsburg-Nürnberg und Waldhof abgeschwächt; Rheinmetall, Oronstein & Koppel sowie Nobel-Dynamit fester.

Der Einheitsmarkt hatte geteilte Haltung. Niedriger stellten sich Lauritzen Glas, Basalt, Harbork Eisen.

Bei den anstehend nicht notierten Werten blieben Polyphon mit 198 gut behauptet. Becker Stahl, Stralsauer Glas, Zwickauer Bergwerk waren fester; Mansfelder Kuxe notierten 2700—2750.

Deutsche Anleihen blieben unverändert. Die Valutenwerte schwächten sich ab. Die deutsche Mark wird von heute früh gemeldet aus Stockholm mit 11%, Zürich mit 13,75, Amsterdam mit 7 und Kopenhagen mit 15. Vorbislich notierten holländische Gulden 1480, London 156 1/2, New York 98 1/2, polnische Mark 22 1/2, rumänische Lei 84 1/2. Deutsche Goldstücke 180.

Der Dresdner Börse vom 16. Juni. Bei gut behaupteten Kursen nahm die Börse heute wieder einen sehr ruhigen Verlauf. Auf dem Bankaktienmarkt entwickelte sich nur sehr ruhiges Geschäft; Chemnitz Bankverein wichen von 138 1/2 auf 134. Von den Brauereipapieren wurden Feisenkeller, Schöffelhof und Plauenscher Lagerkeller in die Höhe gesetzt. Bei den Transportwerten wurden Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt (101—104) und Erbescheffer (230 bis 236) in die Höhe gesetzt. An Maschinenwerten wurden Luckau & Steffen (199—204), Sächsische Gußstahl (260 1/2—270), Werderer Waggon (380—385), Großschäfer (227 1/2—230) sowie Seidel & Naumann-Gesellschaft (640—680) höher bewertet. Der Rentenmarkt verlief wieder sehr ruhig.

Leipziger Börse vom 16. Juni

Die Tendenz gestaltete sich heute bei etwas belebterem Verkehr freundlicher, immerhin waren noch etliche Abschwächungen zu verzeichnen. Auf dem Gebiete der variablen Werte besserten sich Mansfelder Kuxe um 20 M; auch wurden Leipziger Wollkammerei, Norddeutsche Wolle, Thüringer Wollgarn und namentlich Hugo Schneider sowie Hupfeld höher bewertet. Thüringer Gas zogen ebenfalls an. Schwächer lagen Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, deren Bezugsrecht jedoch anzog, außerdem Germania, Chemnitz Zimmermann, Störz und Piano Zimmermann. Unverändert blieben Harthau, Hartmann und Hallesche Zucker.

Am Marke der Einheitswerte stellten sich von Maschinenaktien höher Hallesche Zimmermann, Piffner und Schubert & Salzer; dagegen fielen Sondermann & Stier sowie Wotanwerke eine Kleinigkeit zurück. Die Montanpapiere des westlichen und östlichen Reviers zogen an; Oelanitzer Kuxe blieben unverändert. An sächsischen Kohlenaktien zeigte sich Nachfrage zu höheren Kursen für Erzeberger und Brückenberg, während Wilhelmshacht und Vereinigtes Glück angeboten waren. Unter den Textilwerten zeichneten sich durch Steigerungen Baumwollweberei Mittweida und besonders Wernshausen aus; andererseits konnten sich Leipziger Kammgarn, Kammgarn Meerane, Tittel & Krüger sowie Tränker & Würker nicht voll behaupten. An sonstigen Industriepapieren nennen wir als höher Würzner Kunstmühlen, Würzner Bier, Deutscher Eisenhandel, Proschner, Reinstrom & Pils sowie besonders Steingut Colditz. Unter Einbußen litten Zwickauer Elektrizität, Ullersdorfer Werke, Sachsenwerk, Portland Zement Halle, Pinkau, Kunstanstalt Gross und Chromo Najork. Bankaktien lagen ziemlich fest, besonders Disconto Commandit, Berliner Handelsgesellschaft und Mitteldutsche Privatbank; Oesterreichische Kredit und Sächsische Bodenredit brüskelten ab. In Transportpapieren besserten sich Schiffahrtsaktien, während Allgemeine Deutsche Kleinbahn zurückfielen.

Am Anlagemarkte hatte Kriegsanleihe alten Kurs; Sächsische Rente 8 1/2 nach. Das gleiche gilt für die 3- und 4proz. Reichsanleihe und 5proz. preussische Konsols, welche letztere variabel aber anzog. Stadtanleihen zeigten zur Schwäche, besonders die 4- und 5proz. Leipziger; 4 1/2proz. Straßenbahnleihe schwächte sich ab, während 4 1/2proz. Stadtanleihe alten Kurs hatte. Dresdner lagen

im Angebot, Plauener und Gerger gingen unverändert um, Karlsbader schwächten sich ab. Pfandbriefe waren unverändert. Unter den Industrieobligationen zeichneten sich Mansfelder durch Höherbewertung aus.

Der Markt der unnotierten Werte neigte entschieden zur Festigkeit. Als höher nennen wir Drei Linden, Chemnitz Aktienplauener, Ceres und die jungen Aktien von Hallesche Zimmermann, Hupfeld, Kästner und besonders Glauziger Zucker. Schwächer dagegen lagen Elite sowie Heine & Co.

Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien der Chromo-Papier- und Carton-Fabrik vorm. Gustav Najork, Akt.-Ges., Leipzig, wird am 22., 23. und 24. Juni 1920 an hiesiger Börse gehandelt und notiert.

Neue Papiere in Leipzig. Die Mitteldeutsche Privatbank, Akt.-Ges. und die Firma George Meyer, Leipzig, haben den Antrag gestellt, 600 000 M neue Aktien der Kunstanstalt B. Gross, Akt.-Ges. in Leipzig 2 150 000 M junge Aktien der Wotan-Werke, Akt.-Ges. in Leipzig, und die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt hat den Antrag gestellt: 1 750 000 M neue Aktien der Thüringer Wollgarnspinnerei, Akt.-Ges. in Leipzig, zum Handel und zur Notiz an hiesiger Börse zuzulassen.

Anfangskurse

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
Chem. Akt.	100	Deutsche Bank	100
Disconto	100	Leipziger Bank	100
...

Kurse der Berliner Börse am 16. Juni

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
Deutsche Bank	100	Leipziger Bank	100
Disconto	100
...

Kurse der Leipziger Börse am 16. Juni

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
Deutsche Bank	100	Leipziger Bank	100
Disconto	100
...

Kurse der Leipziger Börse am 16. Juni

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
Deutsche Bank	100	Leipziger Bank	100
Disconto	100
...

Industriaktien und Kuxe

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
Deutsche Bank	100	Leipziger Bank	100
Disconto	100
...

Kurse im Leipziger Freiverkehr am 16. Juni

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
Deutsche Bank	100	Leipziger Bank	100
Disconto	100
...

Devisenmarkt

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
London	100	Paris	100
...

Marktberichte

Liverpool, 15. Juni. Baumwollmarkt. Umsatz 3000 M. Import 11 170 M. davon amerikanische Baumwolle 10 M. Amerikanische Baumwolle 11 170 M. August 24,25, September 23,45, Oktober 23,60, November 23,75, Dezember 23,90, Januar 24,05, Februar 24,20, März 24,35, April 24,50, Mai 24,65, Juni 24,80, Juli 24,95, August 25,10, September 25,25, Oktober 25,40, November 25,55, Dezember 25,70, Januar 25,85, Februar 26,00, März 26,15, April 26,30, Mai 26,45, Juni 26,60, Juli 26,75, August 26,90, September 27,05, Oktober 27,20, November 27,35, Dezember 27,50, Januar 27,65, Februar 27,80, März 27,95, April 28,10, Mai 28,25, Juni 28,40, Juli 28,55, August 28,70, September 28,85, Oktober 29,00, November 29,15, Dezember 29,30, Januar 29,45, Februar 29,60, März 29,75, April 29,90, Mai 30,05, Juni 30,20, Juli 30,35, August 30,50, September 30,65, Oktober 30,80, November 30,95, Dezember 31,10, Januar 31,25, Februar 31,40, März 31,55, April 31,70, Mai 31,85, Juni 32,00, Juli 32,15, August 32,30, September 32,45, Oktober 32,60, November 32,75, Dezember 32,90, Januar 33,05, Februar 33,20, März 33,35, April 33,50, Mai 33,65, Juni 33,80, Juli 33,95, August 34,10, September 34,25, Oktober 34,40, November 34,55, Dezember 34,70, Januar 34,85, Februar 35,00, März 35,15, April 35,30, Mai 35,45, Juni 35,60, Juli 35,75, August 35,90, September 36,05, Oktober 36,20, November 36,35, Dezember 36,50, Januar 36,65, Februar 36,80, März 36,95, April 37,10, Mai 37,25, Juni 37,40, Juli 37,55, August 37,70, September 37,85, Oktober 38,00, November 38,15, Dezember 38,30, Januar 38,45, Februar 38,60, März 38,75, April 38,90, Mai 39,05, Juni 39,20, Juli 39,35, August 39,50, September 39,65, Oktober 39,80, November 39,95, Dezember 40,10, Januar 40,25, Februar 40,40, März 40,55, April 40,70, Mai 40,85, Juni 41,00, Juli 41,15, August 41,30, September 41,45, Oktober 41,60, November 41,75, Dezember 41,90, Januar 42,05, Februar 42,20, März 42,35, April 42,50, Mai 42,65, Juni 42,80, Juli 42,95, August 43,10, September 43,25, Oktober 43,40, November 43,55, Dezember 43,70, Januar 43,85, Februar 44,00, März 44,15, April 44,30, Mai 44,45, Juni 44,60, Juli 44,75, August 44,90, September 45,05, Oktober 45,20, November 45,35, Dezember 45,50, Januar 45,65, Februar 45,80, März 45,95, April 46,10, Mai 46,25, Juni 46,40, Juli 46,55, August 46,70, September 46,85, Oktober 47,00, November 47,15, Dezember 47,30, Januar 47,45, Februar 47,60, März 47,75, April 47,90, Mai 48,05, Juni 48,20, Juli 48,35, August 48,50, September 48,65, Oktober 48,80, November 48,95, Dezember 49,10, Januar 49,25, Februar 49,40, März 49,55, April 49,70, Mai 49,85, Juni 50,00, Juli 50,15, August 50,30, September 50,45, Oktober 50,60, November 50,75, Dezember 50,90, Januar 51,05, Februar 51,20, März 51,35, April 51,50, Mai 51,65, Juni 51,80, Juli 51,95, August 52,10, September 52,25, Oktober 52,40, November 52,55, Dezember 52,70, Januar 52,85, Februar 53,00, März 53,15, April 53,30, Mai 53,45, Juni 53,60, Juli 53,75, August 53,90, September 54,05, Oktober 54,20, November 54,35, Dezember 54,50, Januar 54,65, Februar 54,80, März 54,95, April 55,10, Mai 55,25, Juni 55,40, Juli 55,55, August 55,70, September 55,85, Oktober 56,00, November 56,15, Dezember 56,30, Januar 56,45, Februar 56,60, März 56,75, April 56,90, Mai 57,05, Juni 57,20, Juli 57,35, August 57,50, September 57,65, Oktober 57,80, November 57,95, Dezember 58,10, Januar 58,25, Februar 58,40, März 58,55, April 58,70, Mai 58,85, Juni 59,00, Juli 59,15, August 59,30, September 59,45, Oktober 59,60, November 59,75, Dezember 59,90, Januar 60,05, Februar 60,20, März 60,35, April 60,50, Mai 60,65, Juni 60,80, Juli 60,95, August 61,10, September 61,25, Oktober 61,40, November 61,55, Dezember 61,70, Januar 61,85, Februar 62,00, März 62,15, April 62,30, Mai 62,45, Juni 62,60, Juli 62,75, August 62,90, September 63,05, Oktober 63,20, November 63,35, Dezember 63,50, Januar 63,65, Februar 63,80, März 63,95, April 64,10, Mai 64,25, Juni 64,40, Juli 64,55, August 64,70, September 64,85, Oktober 65,00, November 65,15, Dezember 65,30, Januar 65,45, Februar 65,60, März 65,75, April 65,90, Mai 66,05, Juni 66,20, Juli 66,35, August 66,50, September 66,65, Oktober 66,80, November 66,95, Dezember 67,10, Januar 67,25, Februar 67,40, März 67,55, April 67,70, Mai 67,85, Juni 68,00, Juli 68,15, August 68,30, September 68,45, Oktober 68,60, November 68,75, Dezember 68,90, Januar 69,05, Februar 69,20, März 69,35, April 69,50, Mai 69,65, Juni 69,80, Juli 69,95, August 70,10, September 70,25, Oktober 70,40, November 70,55, Dezember 70,70, Januar 70,85, Februar 71,00, März 71,15, April 71,30, Mai 71,45, Juni 71,60, Juli 71,75, August 71,90, September 72,05, Oktober 72,20, November 72,35, Dezember 72,50, Januar 72,65, Februar 72,80, März 72,95, April 73,10, Mai 73,25, Juni 73,40, Juli 73,55, August 73,70, September 73,85, Oktober 74,00, November 74,15, Dezember 74,30, Januar 74,45, Februar 74,60, März 74,75, April 74,90, Mai 75,05, Juni 75,20, Juli 75,35, August 75,50, September 75,65, Oktober 75,80, November 75,95, Dezember 76,10, Januar 76,25, Februar 76,40, März 76,55, April 76,70, Mai 76,85, Juni 77,00, Juli 77,15, August 77,30, September 77,45, Oktober 77,60, November 77,75, Dezember 77,90, Januar 78,05, Februar 78,20, März 78,35, April 78,50, Mai 78,65, Juni 78,80, Juli 78,95, August 79,10, September 79,25, Oktober 79,40, November 79,55, Dezember 79,70, Januar 79,85, Februar 80,00, März 80,15, April 80,30, Mai 80,45, Juni 80,60, Juli 80,75, August 80,90, September 81,05, Oktober 81,20, November 81,35, Dezember 81,50, Januar 81,65, Februar 81,80, März 81,95, April 82,10, Mai 82,25, Juni 82,40, Juli 82,55, August 82,70, September 82,85, Oktober 83,00, November 83,15, Dezember 83,30, Januar 83,45, Februar 83,60, März 83,75, April 83,90, Mai 84,05, Juni 84,20, Juli 84,35, August 84,50, September 84,65, Oktober 84,80, November 84,95, Dezember 85,10, Januar 85,25, Februar 85,40, März 85,55, April 85,70, Mai 85,85, Juni 86,00, Juli 86,15, August 86,30, September 86,45, Oktober 86,60, November 86,75, Dezember 86,90, Januar 87,05, Februar 87,20, März 87,35, April 87,50, Mai 87,65, Juni 87,80, Juli 87,95, August 88,10, September 88,25, Oktober 88,40, November 88,55, Dezember 88,70, Januar 88,85, Februar 89,00, März 89,15, April 89,30, Mai 89,45, Juni 89,60, Juli 89,75, August 89,90, September 90,05, Oktober 90,20, November 90,35, Dezember 90,50, Januar 90,65, Februar 90,80, März 90,95, April 91,10, Mai 91,25, Juni 91,40, Juli 91,55, August 91,70, September 91,85, Oktober 92,00, November 92,15, Dezember 92,30, Januar 92,45, Februar 92,60, März 92,75, April 92,90, Mai 93,05, Juni 93,20, Juli 93,35, August 93,50, September 93,65, Oktober 93,80, November 93,95, Dezember 94,10, Januar 94,25, Februar 94,40, März 94,55, April 94,70, Mai 94,85, Juni 95,00, Juli 95,15, August 95,30, September 95,45, Oktober 95,60, November 95,75, Dezember 95,90, Januar 96,05, Februar 96,20, März 96,35, April 96,50, Mai 96,65, Juni 96,80, Juli 96,95, August 97,10, September 97,25, Oktober 97,40, November 97,55, Dezember 97,70, Januar 97,85, Februar 98,00, März 98,15, April 98,30, Mai 98,45, Juni 98,60, Juli 98,75, August 98,90, September 99,05, Oktober 99,20, November 99,35, Dezember 99,50, Januar 99,65, Februar 99,80, März 99,95, April 100,10, Mai 100,25, Juni 100,40, Juli 100,55, August 100,70, September 100,85, Oktober 101,00, November 101,15, Dezember 101,30, Januar 101,45, Februar 101,60, März 101,75, April 101,90, Mai 102,05, Juni 102,20, Juli 102,35, August 102,50, September 102,65, Oktober 102,80, November 102,95, Dezember 103,10, Januar 103,25, Februar 103,40, März 103,55, April 103,70, Mai 103,85, Juni 104,00, Juli 104,15, August 104,30, September 104,45, Oktober 104,60, November 104,75, Dezember 104,90, Januar 105,05, Februar 105,20, März 105,35, April 105,50, Mai 105,65, Juni 105,80, Juli 105,95, August 106,10, September 106,25, Oktober 106,40, November 106,55, Dezember 106,70, Januar 106,85, Februar 107,00, März 107,15, April 107,30, Mai 107,45, Juni 107,60, Juli 107,75, August 107,90, September 108,05, Oktober 108,20, November 108,35, Dezember 108,50, Januar 108,65, Februar 108,80, März 108,95, April 109,10, Mai 109,25, Juni 109,40, Juli 109,55, August 109,70, September 109,85, Oktober 110,00, November 110,15, Dezember 110,30, Januar 110,45, Februar 110,60, März 110,75, April 110,90, Mai 111,05, Juni 111,20, Juli 111,35, August 111,50, September 111,65, Oktober 111,80, November 111,95, Dezember 112,10, Januar 112,25, Februar 112,40, März 112,55, April 112,70, Mai 112,85, Juni 113,00, Juli 113,15, August 113,30, September 113,45, Oktober 113,60, November 113,75, Dezember 113,90, Januar 114,05, Februar 114,20, März 114,35, April 114,50, Mai 114,65, Juni 114,80, Juli 114,95, August 115,10, September 115,25, Oktober 115,40, November 115,55, Dezember 115,70, Januar 115,85, Februar 116,00, März 116,15, April 116,30, Mai 116,45, Juni 116,60, Juli 116,75, August 116,90, September 117,05, Oktober 117,20, November 117,35, Dezember 117,50, Januar 117,65, Februar 117,80, März 117,95, April 118,10, Mai 118,25, Juni 118,40, Juli 118,55, August 118,70, September 118,85, Oktober 119,00, November 119,15, Dezember 119,30, Januar 119,45, Februar 119,60, März 119,75, April 119,90, Mai 120,05, Juni 120,20, Juli 120,35, August 120,50, September 120,65, Oktober 120,80, November 120,95, Dezember 121,10, Januar 121,25, Februar 121,40, März 121,55, April 121,70, Mai 121,85, Juni 122,00, Juli 122,15, August 122,30, September 122,45, Oktober 122,60, November 122,75, Dezember 122,90, Januar 123,05, Februar 123,20, März 123,35, April 123,50, Mai 123,65, Juni 123,80, Juli 123,95, August 124,10, September 124,25, Oktober 124,40, November 124,55, Dezember 124,70, Januar 124,85, Februar 125,00, März 125,15, April 125,30, Mai 125,45, Juni 125,60, Juli 125,75, August 125,90, September 126,05, Oktober 126,20, November 126,35, Dezember 126,50, Januar 126,65, Februar 126,80, März 126,95, April 127,10, Mai 127,25, Juni 127,40, Juli 127,55, August 127,70, September 127,85, Oktober 128,00, November 128,15, Dezember 128,30, Januar 128,45, Februar 128,60, März 128,75, April 128,90, Mai 129,05, Juni 129,20, Juli 129,35, August 129,50, September 129,65, Oktober 129,80, November 129,95, Dezember 130,10, Januar 130,25, Februar 130,40, März 130,55, April 130,70, Mai 130,85, Juni 131,00, Juli 131,15, August 131,30, September 131,45, Oktober 131,60, November 131,75, Dezember 131,90, Januar 132,05, Februar 132,20, März 132,35, April 132,50, Mai 132,65, Juni 132,80, Juli 132,95, August 133,10, September 133,25, Oktober 133,40, November 133,55, Dezember 133,70, Januar 133,85, Februar 134,00, März 134,15, April 134,30, Mai 134,45, Juni 134,60, Juli 134,75, August 134,90, September 135,05, Oktober 135,20, November 135,35, Dezember 135,50, Januar 135,65, Februar 135,80, März 135,95, April 136,10, Mai 136,25, Juni 136,40, Juli 136,55, August 136,70, September 136,85, Oktober 137,00, November 137,15, Dezember 137,30, Januar 137,45, Februar 137,60, März 137,75, April 137,90, Mai 138,05, Juni 138,20, Juli 138,35, August 138,50, September 138,65, Oktober 138,80, November 138,95, Dezember 139,10, Januar 139,25, Februar 139,40, März 139,55, April 139,70, Mai 139,85, Juni 139,95, Juli 140,10, August 140,25, September 140,40, Oktober 140,55, November 140,70, Dezember 140,85, Januar 141,00, Februar 141,15, März 141,30, April 141,45, Mai 141,60, Juni 141,75, Juli 141,90, August 142,05, September 142,20, Oktober 142,35, November 142,50, Dezember 142,65, Januar 142,80, Februar 142,95, März 143,10, April 143,25, Mai 143,40, Juni 143,55, Juli 143,70, August 143,85, September 144,00, Oktober 144,15, November 144,30, Dezember 144,45, Januar 144,60, Februar 144,75, März 144,90, April 145,05, Mai 145,20, Juni 145,35, Juli 145,50, August 145,65, September 145,80, Oktober 145,95, November 146,10, Dezember 146,25, Januar 146,40, Februar 146,55, März 146,70, April 146,85, Mai 147,00, Juni 147,15, Juli 147,30, August 147,45, September 147,60, Oktober 147,75, November 147,90, Dezember 148,05, Januar 148,20, Februar 148,35, März 148,50, April 148,65, Mai 148,80, Juni 148,95, Juli 149,10, August 149,25, September 149,40, Oktober 149,55, November 149,70, Dezember 149,85, Januar 150,00, Februar 150,15, März 150,30, April 150,45, Mai 150,60, Juni 150,75, Juli 150,90, August 151,05, September 151,20, Oktober 151,35, November 151,50, Dezember 151,65, Januar 151,80, Februar 151,95, März 152,10, April 152,25, Mai 152,40, Juni 152,5